

Ein neuer Armuts- und Reichtumsbericht muss her!

Antragsteller*in: Unterbezirksvorstand
Thema: Soziales

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Unterbezirksdeligiertenkonferenz der Jusos Köln möge beschließen:
2 Es soll ein neuer Armuts- und Reichtumsbericht der Stadt Köln erstellt werden.
3 Dabei sollen auch die gesellschaftlichen Strukturen in den Veedeln, sowie die
4 Vereinsstruktur und die Einrichtungen der Stadt Köln (Schulen, Beratungsstellen
5 u.Ä.) berücksichtigt werden. Außerdem soll aufgeführt werden, inwieweit
6 Maßnahmen wie z.B. der KölnPass angenommen und genutzt werden.
7 Zusätzlich soll die Verwaltung der Stadt Köln dazu verpflichtet werden alle 2
8 Jahre einen neuen Bericht vorzulegen.

Begründung

Der letzte eigenständige Armuts- und Reichtumsbericht der Stadt Köln erschien im Jahr 2004. Die Bundesregierung hat zuletzt 2017 einen aktuellen (aber umstrittenen) Bericht veröffentlicht und das Land NRW 2016. Seit 2004 hat die Stadt eine wachsende Einwohnerzahl verzeichnet, die auch eine Vielzahl an Herausforderungen mit sich bringt. Es gibt zwar statistische Erhebungen über die Zahl derjenigen, die Grundsicherung empfangen, über durchschnittliche Miete und Arbeitslosenzahlen, es müssen jedoch auch andere Aspekte mit berücksichtigt werden, zum Beispiel welche Einrichtungen in Köln es bereits gibt, wie diese angenommen werden, wo es vermehrt Probleme gibt. Auch ist wichtig zu wissen, ob es Angebote von Schulen Vereinen und Kindertagesstätten gibt, die sich dem Thema Kinderarmut angenommen haben und versuchen Resilienzen bei betroffenen Kindern zu fördern. Solch ein Bericht muss die Grundlage für gezielte Aktionen gegen Armut sein, was mit veralteten Daten schwer möglich ist.

Mehr Information und Transparenz für Ausbildungsinteressierte

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln dazu auf stärker über die
2 Ausbildungsmöglichkeiten in Köln aufzuklären. Bestehende Förderangebote müssen
3 auch durch die Stadt – nicht nur durch das Jobcenter – bekannter gemacht werden.

4 Unsere Forderungen:

5 Auf der Homepage der Stadt Köln muss die Ausbildung gleichwertig zum Studium
6 behandelt werden. Unter dem Reiter „Leben in Köln“ ist daher eine Rubrik zur
7 „Ausbildung in Köln“ einzurichten.

8 Besonderes Augenmerk muss bei der neuen Rubrik auf die besonderen Bedürfnisse
9 von Jugendlichen mit Behinderung, Geflüchteten, jungen Familien,
10 Alleinerziehenden und ausländischen Ausbildungsinteressierten gelegt werden, da
11 für diese der Zugang zum Ausbildungsmarkt erschwert ist. Hierzu ist auf konkrete
12 Angebote wie z.B. Einstiegsqualifizierung, Werkstattjahr, Teilzeitausbildung und
13 Sprachförderung hinzuweisen bzw. zu verlinken.

14 Inhaltlich soll zudem auf folgende Themenbereiche eingegangen werden:

- 15 • Ausbildung in Köln beginnen (z.B. über eine Verlinkung zur Homepage des
16 Jobcenters oder der Bundesagentur für Arbeit),
- 17 • Leben in Köln (z.B. Nebenwohnsitz anmelden, Zweitwohnungssteuer,
18 Wohnberechtigungsschein, Jugendwohnen, vergünstigte Eintrittspreise und
19 Mobilitätsangebote, Arbeitnehmervertretung bzw. Jugend- und
20 Auszubildendenvertretung),

- 21 • Unterstützungsangebote (z.B. für Ausbildungsinteressierte mit Behinderung,
22 für Geflüchtete, für Ausbildungsinteressierte mit Kind, Informationen für
23 ausländische Ausbildungsinteressierte).

24 Unter der Rubrik „Arbeitsmarktförderung“ im Reiter „Wirtschaft“ der städtischen
25 Homepage soll die Stadt auf Angebote zur Ausbildungsförderung für Betriebe
26 verlinken. Hierzu kann sie sich z.B. am Vorbild der Stadt Offenbach orientiert
27 werden: [https://www.offenbach.de/medien/bindata/of/dir-
28 4/RIA_Uebersicht_zu_Foerdermoeglichkeiten_fuer_Betriebe.pdf](https://www.offenbach.de/medien/bindata/of/dir-4/RIA_Uebersicht_zu_Foerdermoeglichkeiten_fuer_Betriebe.pdf)

Begründung

Verschiedene Akteur*innen in Köln kümmern sich mit viel Engagement um die derzeit ca. 18.900 Auszubildenden. Dennoch sind viele Ausbildungsplätze noch frei, ca. 190 Jugendliche haben aktuell nach Beendigung der Schulzeit keinen Anschluss an die Berufswelt gefunden. Besonders betroffen sind Jugendliche ohne oder mit nur geringem Schulabschluss, darunter viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Herkunft, aber auch z.B. eine Behinderung, dürfen jedoch kein Kriterium für die jeweiligen Ausbildungschancen sein, denn diese sind die Basis für ein selbstbestimmtes und ökonomisch unabhängiges Leben.

In Gesprächen der Jusos Köln mit der Industrie- und Handwerkskammer, der Arbeitsagentur und ver.di wurde unter anderem deutlich, dass Ausbildungsinteressierte besser informiert werden müssen und die Ausbildung wieder als gleichwertiges Bildungsangebot neben dem Studium gelten muss. Dafür müssen alle Informationskanäle genutzt und weitere geschaffen werden: Schulische Angebote sind weiter zu verbessern und insbesondere Jugendlichen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, Jugendlichen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, jugendlichen (Allein-)Erziehenden, aber auch Jugendlichen ohne Schulabschluss müssen Informationen gebündelter als bislang zur Verfügung gestellt werden. Auf der Homepage der Stadt Köln findet sich eine ganze Rubrik zum Studium. Zur Ausbildung wird dort jedoch kein Wort verloren. Hierbei sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Von diesem Antrag unberührt bleibt unsere Forderung, dass insbesondere die fachlich gute und tiefgehende Berufsorientierung während der Schulzeit weiter verbessert werden muss. Deutlicher in den Vordergrund sollten ökonomische Perspektiven gestellt werden, denn meist ermöglicht eine Ausbildung im Gegensatz zu einem Studium eine frühere finanzielle Unabhängigkeit. Außerdem muss stärker auf Bedeutung und Möglichkeit der eigenen Interessenvertretung eingegangen werden und praxisnah und transparent über Ausbildungs- und Rahmenbedingungen sowie Beschwerde- und Schlichtungsstellen informiert werden.

Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD,
Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Wir fordern eine Aufnahme der Patient*innenverfügungs-Beratung in den
2 Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung.

3 Patient*innen sollen diese Leistung mindestens alle 5 Jahre in Anspruch nehmen
4 können.

5 Die Beratung könnte in diesem Fall von geschulten Mitarbeiter*innen in Hospizen,
6 Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsämtern sowie von ärztlichem Fachpersonal
7 durchgeführt werden.

8 Des Weiteren sollen Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbände oder auch Schulen
9 und Volkhochschulen über diese Möglichkeit und ihre Relevanz informieren.

Begründung

Patient*innenverfügungen sind für Menschen jeglichen Alters ein wichtiges Thema. Denn nicht nur für Patient*innen mit chronischen Erkrankungen ist eine Festlegung des Willens am Lebensende wichtig, sondern auch für junge Menschen. Im Falle eines Unfalls z.B. kann es wichtig werden, die Einstellung und den Willen eines Menschen festgehalten zu haben.

Dabei ist eine Patient*innenverfügung vor allem dann wertvoll, wenn sie besonders detailliert in der medizinischen Information ist und außerdem die Einstellungen der Patient*in zu Leben und Tod beinhaltet. Daher bedarf es einer umfassenden Beratung durch Fach- oder Hausärzt*in, um die fachlichen Details genau zu erklären und den Willen des*der Patient*innen adäquat festzuhalten.

Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern

Patient*innenverfügungen die keine konkreten Maßnahmen enthalten, sind häufig im konkreten Fall nicht verbindlich. Nur durch eine umfassende Beratung kann sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse des*der Patient*in genau dargestellt sind und auch eingehalten werden.

Momentan müssen Patient*innen der GKV, wenn sie eine solche Beratung wünschen, diese selbst bezahlen. Das schafft große Hürden, vor allem für Menschen mit geringem Einkommen.

Wir finden, alle Menschen sollten das Recht auf gute Beratung in allen Lebensabschnitten haben.

Die Einhaltung der individuellen Wünsche von Menschen am Lebensende sollten keine Frage des Geldbeutels sein!

Kohleausstieg 2030

Antragsteller*in: Stadtbezirk Nippes
Thema: Umwelt

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Diskussion um (Braun-) Kohleenergie ist im letzten Jahr durch den Hambacher
2 Forst und die Einsetzung der Kohlekommission stärker geworden. Als
3 Sozialdemokrat*innen haben wir dabei den Zwiespalt zwischen dem Schutz der
4 Umwelt und dem Schutz der Arbeitsplätze. Dieser darf uns aber nicht lähmen,
5 sondern wir müssen handeln. Dafür müssen wir beides miteinander verträglich
6 gestalten.

7 Um die Umwelt zu schützen fordern wir ein Ausstiegsdatum für die
8 Braunkohleförderung bis spätestens 2030!

9 Damit dies auch Arbeitnehmer*innenfreundlich geschieht müssen wir die Jahre
10 vorher nutzen um mit Konjunktur- und Infrastrukturpaketen für betroffene
11 Regionen in Deutschland zu stärken. Im Mittelpunkt dieser Pakete müssen die
12 Arbeitnehmenden stehen. In einem starken Austausch müssen Pakete geschnürt
13 werden, damit diese nicht nach Jahrelanger Arbeit ohne Job dastehen. Das Ziel
14 muss es sein, dass Arbeitnehmende nach dem Ausstieg einen angemessenen Job
15 erhalten.

16 Ideen für Programme wurden von der Kohlekommission bereits vorgelegt:

- 17 • Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen, Fachkräfteentwicklung,
18 unternehmerische Entwicklung, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und
19 langfristige Strukturentwicklung
- 20 • Fonds für Strukturwandel

21 Weiterhin soll im Vorhinein geprüft werden für welchen Sektor diese Regionen
22 nach dem Ausbau interessant sind. Als Beispiel könnten bei Verlagerung von
23 Dienststellen oder bei Eröffnung öffentlicher Einrichtungen, wie bspw. Behörden,
24 voranging Standorte in diesen Regionen geprüft werden.

Begründung

Auch wenn es aus sozialdemokratischer Perspektive schwer scheint einen so raschen Kohleausstieg zu fordern, ist er jedoch mehr als notwendig. In den nächsten Jahren haben wir die Möglichkeit die Folgen des Klimawandels zu lindern. Dies wird ohne einen raschen Kohleausstieg nicht geschehen. Studien zeigen, dass dies schnell umgesetzt werden muss, denn:

Die Folgen des Klimawandels sind bereits heute auf der ganzen Welt drastisch zu spüren und in den kommenden Jahrzehnten werden diese Folgen noch verstärkt auftreten. Vor allem die Menschen in den Ländern des globalen Südens werden unter den Folgen des Klimawandels enorm leiden. Dürreperioden, der Anstieg des Meeresspiegels, extreme Wetterphänomene und Hungersnöte sind die Folgen dieses Klimawandels. Daraus resultieren innerstaatliche und globale Fluchtbewegungen. Diese stellen alle Staaten vor politische Herausforderungen. Um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch sinken. Der Kohleausstieg bis 2030 ist dazu ein wichtiger Schritt.

Wenn wir den Ausstieg nun einläuten, können wir ihn finanziell, konjunkturell und infrastrukturtechnisch gestalten. Wenn wir warten, dann ist der Bruch umso größer und die sozialen Folgen werden exponentiell schlimmer. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitnehmer*innen, die die Sozialdemokratie zu vertreten versucht. Deswegen sollte der Ausstieg besonders im Interesse der Sozialdemokratie sein. Denn angesichts des ansteigenden CO₂-Verbrauchs zahlreicher Länder, darunter auch Deutschland, wird ein drastischer Umbruch in der Klimapolitik unvermeidbar sein.

Aus diesen Gründen ist der Kohleausstieg bis 2030 aus demokratischer, sozialer und umwelttechnischer Perspektive unvermeidbar.

Kostenloser ÖPNV in NRW

Antragsteller*in: Stadtbezirk Nippes
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Zur Gewährleistung von allgemeiner und sozialer Mobilität fordern wir die
2 Gründung einer Arbeitsgruppe, welche ein Finanzierungsmodell zur Gestaltung
3 eines ‚kostenfreien‘ ÖPNVs in NRW erarbeitet. Zur Finanzierung sollen neben
4 Mitteln aus dem Bundeshaushalt auch eine Abgabe genutzt werden, welche ähnlich
5 der Kirchensteuer anhand der gezahlten Lohnsteuer berechnet wird. Alternativ
6 oder für die Lohnabgabe abfedernd soll auch eine entsprechende Abgabe mit fixem
7 Prozentsatz für Unternehmen geprüft werden. Der ÖPNV ist ein Gut, welches allen
8 dient, sodass alle sich mit geringem Beitrag beteiligen sollen, wobei
9 Geringverdiener und Arbeitslose vom Beitrag unbürokratisch auszunehmen sind.
10
11 Um möglichst umfassende Mobilität ohne Autoverkehr zu ermöglichen, soll auch
12 geprüft werden, inwieweit die aktuellen ÖPNV-Kapazitäten ausreichend sind,
13 außerdem auch wo beispielsweise die Taktung erhöht werden muss, neue
14 Streckenabschnitte gebaut oder weitere Busse eingesetzt werden müssen.

Begründung

Isolation ist in unserer heutigen Gesellschaft ein großes Problem. Durch einen kostenfreien ÖPNV soll die soziale Mobilität erhöht werden. Eine gering verdienende Person zahlt viel Geld, um mit dem ÖPNV die Innenstadt zu erreichen. Die Folge ist, dass man seinen Stadtteil aus Kostengründen kaum noch verlässt. Soziale Isolation entsteht.

Auch Pendler müssen hohen finanziellen Aufwand auf sich nehmen, um vom Zuhause zur Arbeit zu fahren. Sie können durch ein entsprechendes Modell ebenfalls profitieren.

Grundsätzliche Kosten für die Kontrolle von Fahrscheinen würden weiterhin wegfallen. Zusätzlich befinden sich in deutschen Gefängnissen zahlreiche Personen, die die Rechnungen fürs ‚Schwarzfahren‘ nicht bezahlen konnten. Durch den Wegfall dieser Personengruppe würden ebenfalls die viel zu vollen Gefängnisse entlastet werden.

Besondere Relevanz besitzt auch der Klimaschutz. Durch einen kostenfreien ÖPNV steigt die Attraktivität von Bus- und Bahnfahrten. Somit kann zukunfts- und klimagerecht die Abkehr vom Verbrennungsmotor begünstigt werden, besonders angesichts der stagnierenden Entwicklung von Elektroautos.

Aus sozialer und umwelttechnischer Perspektive kann so ein realistisches Modell entstehen.

Night-Mover Cologne

Antragsteller*in: Stadtbezirk Rodenkirchen und Stadtbezirk
Lindenthal
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD, SPD
Ratsfraktion der Stadt Köln

Antragstext

1 Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, das Konzept „Night-Mover“,
2 welches bereits in niederrheinischen Kreisen erfolgreich ist, auch für Köln zu
3 unterstützen und im Stadtrat vorzuschlagen. Das Konzept „Night-Mover“ soll
4 jungen Menschen ermöglichen, günstig, sicher und flexibel nachts mit dem Taxi
5 oder Mietwagen nach Hause zu kommen – und zwar auch abseits des KVB-
6 Liniennetzes.

7 Dieses Konzept beinhaltet die Förderung von Taxi- oder Mietwagenfahrten zwischen
8 22.00 Uhr und 6.00 Uhr des Folgetages mit einem Zuschuss von bis zu 5,00 Euro
9 pro Person. Dabei muss es sich um Schüler*innen, Auszubildende, Teilnehmer*innen
10 eines Freiwilligendienstes, Studierende oder Inhaber*innen des Köln-Passes mit
11 einem Mindestalter von 16 Jahren handeln, die ihren Ausbildungsort oder Wohnsitz
12 in Köln haben. Zu einer Fahrt dürfen sich mehrere Personen zusammenschließen, um
13 Gruppenfahrten zusätzlich zu vergünstigen. Taxifahrten werden jedoch nur ab 10
14 Euro Fahrpreis bezuschusst.

15 Der Zuschuss soll über Gutscheine erfolgen. Diese können möglichst
16 nutzerfreundlich auf einer Internetseite oder über eine App erworben werden.

Begründung

Für junge Menschen in Köln, die nicht in der Innenstadt, sondern in den Randgebieten wohnen, ist es besonders schwer mobil zu sein. Insbesondere an den Wochenenden oder Feiertagen ist es schwierig, abseits

des zentralen Netzes der KVB in den Abend- und Nachtstunden mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause zu gelangen. Die Nachtlinien decken bei Weitem nicht das Tagesangebot ab und führen daher zu einer Unterversorgung der äußeren Stadtbezirke.

Durch den Night-Mover sollen junge Menschen finanziell durch den gewährten Zuschuss in Höhe von 5,00 Euro pro Person unterstützt werden, damit auch diese am nächtlichen Leben der Stadt teilnehmen und gleichzeitig sicher und günstig nach Hause gelangen können.

Dieses Konzept hat sich bereits im Kreis Kleve über Jahre bewährt. Der Vorteil dieser Bezuschussung von Taxi- und Mietwagenfahrten liegt in der flexiblen, bedarfsgerechten Förderung, die auf bereits bestehende Strukturen zurückgreift und nur bei Beanspruchung Kosten verursacht. Die Einrichtung weiterer Nachtlinien durch die KVB, die sicherlich langfristig das Ziel sein sollte, nimmt mehr Zeit und Planung in Anspruch und führt zu höheren Kosten, da diese unabhängig von ihrer Beanspruchung anfallen. Der Night-Mover stellt somit eine sinnvolle und wirtschaftliche Ergänzung zu dem ÖPNV-Angebot der KVB dar. Es könnte zudem als Pilotprojekt für zusätzliche nächtliche ÖPNV Angebote dienen, da sich dadurch feststellen lässt, wo erhöhter Bedarf besteht.

Transrheinische Busverbindung im Kölner Süden

Antragsteller*in: Stadtbezirk Porz/Poll und Stadtbezirk
Rodenkirchen
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD, SPD
Ratsfraktion der Stadt Köln

Antragstext

1 Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, ein Konzept zu erarbeiten,
2 das eine neue, regelmäßige Buslinie über die Rodenkirchener Brücke zwischen Poll
3 und Rodenkirchen vorsieht. Ausgangspunkte sind auf der linken Rheinseite die
4 Haltestelle „Rodenkirchen Bf“ und auf der rechten Rheinseite die Haltestelle
5 „Poll Salmstraße“.

Begründung

Es besteht ein großer Bedarf im Kölner ÖPNV-Netz an einer neuen Verbindung der links- und rechtsrheinischen Stadtteilen im Süden von Köln. Die momentan südlichste Strecke des ÖPNV über den Rhein auf Kölner Stadtgebiet ist die Verbindung der Linien 3 und 4 über die Severinsbrücke. Damit sind die Severinsbrücke und der Knotenpunkt Ost-West-Achse auch für die Menschen im Süden der Stadt momentan die einzigen beiden Möglichkeiten mit dem ÖPNV auf die andere Rheinseite zu gelangen. Aus diesem Grund entstehen große Umwege, wenn man z.B. von Porz nach Bayenthal gelangen will.

Berufspendler aus der Südstadt arbeiten in den Gewerbegebieten des rechtsrheinischen Gebiets, ebenso gehen Kinder aus Poll und Porz auf weiterführende Schulen in linksrheinischen Stadtteilen. Sie alle müssen lange Wege über die Kölner Innenstadt in Kauf nehmen oder aufs Fahrrad bzw. Auto umsteigen. Eine Buslinie auf besagter Strecke würde also nicht nur den ÖPNV im jetzigen Zustand entlasten und die aktuelle Fahrzeit und Strecke um mehr als die Hälfte verringern, sie würde auch zu einer Entlastung des Straßenverkehrs führen.

Die Infrastruktur wäre für eine weitere Buslinie bereits vorhanden, da neue Haltestellen auf der Strecke nicht

notwendig sind. Da es im Großen und Ganzen um die Strecke über die Autobahn als neu zu befahrende Strecke geht. Dies ermöglicht eine zeitnahe Einrichtung einer neuen Teilvernetzung des Kölner Südens. Die Entlastung der Straßenbahnlinien 7, 16 und 17 gerade in der morgendlichen und nachmittäglichen Rush Hour ist nicht zu unterschätzen. Außerdem könnten Pendler*innen auf das Auto verzichten.

Digitalisierung an Schulen – Jetzt

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Wir fordern, Schulen für die Digitalisierung zu rüsten. Die Digitalisierung
2 macht es erforderlich, dass die Lernenden bereits während ihrer Schulzeit mit
3 den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden. Das macht Informatikkenntnisse
4 und den kritischen Umgang mit Medien wichtig. Damit Schüler*innen hier
5 Kompetenzen aufbauen können, müssen die Lehrenden selbst eine gewisse Kompetenz
6 entwickeln, und es muss eine entsprechende technische Ausstattung vorhanden
7 sein. Um Schüler*innen frühzeitig Computerkompetenzen mit auf den Weg zu geben,
8 muss jede Schule zunächst genügend Computer besitzen. Diese Computer müssen
9 regelmäßig gewartet und mit Updates bespielt werden. Damit die Lehrenden sich
10 auf ihre Kernaufgabe – die Vermittlung von Wissen – konzentrieren können,
11 fordern wir daher IT-Admin*as für Schulen. Diese sollen auch dafür zuständig
12 sein, dass Beamer und Smartboards einsatzfähig sind. Zur Verbesserung der Lehre
13 sollen auch diese künftig zur Grundausrüstung von Bildungseinrichtungen
14 gehören. Auch die Lehrkräfte müssen in Sachen Digitalisierung weitergebildet
15 werden. Wir fordern, dass Lehrkräfte in der Bedienung der genannten Endgeräte
16 geschult werden. Da zudem ein Engpass an qualifizierten Lehrkräften besteht, die
17 IT-Kompetenzen vermitteln können, fordern wir ein größeres Weiterbildungsangebot
18 im informationstechnischen Bereich für fachfremde Lehrkräfte, sodass diese
19 befähigt werden, hier Grundkenntnisse zu vermitteln. Der hierfür anfallende
20 zusätzliche Aufwand soll ihnen fair vergütet werden. Zudem muss sichergestellt
21 werden, dass es auch in Zukunft genügend Informatik-Lehrer*innen gibt. Im
22 Unterricht müssen IT-Kompetenzen an mehreren Stellen eingeübt werden. Zum einen
23 fordern wir, dem Informatikunterricht den Stellenwert zu geben, den er in der
24 heutigen digitalen Welt verdient – beispielsweise, indem er gleichwertig zu
25 Sprachen oder Naturwissenschaften unterrichtet wird. Zum anderen muss der Umgang
26 mit PCs und dem Internet fächerübergreifend eingeübt werden. Wir fordern, dass
27 der Umgang mit sozialen Medien und ein Grundbewusstsein für den Umgang mit den
28 eigenen Daten in der Mittelstufe vermittelt werden. Außerdem soll eine
29 Recherchekompetenz vermittelt werden, die Schüler*innen die selbstständige

30 Einordnung von Quellen (z.B. als „glaubwürdig“ oder „wenig glaubwürdig“)
31 ermöglicht. Dies kann in verschiedenen Fächern, z.B. in Deutsch, Englisch,
32 Geschichte oder Sozialwissenschaften, ermöglicht werden. Auch für solche
33 Unterrichtseinheiten sollen Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden.
34 Hier fürmuss Platz im Lehrplan geschaffen werden, damit die Vermittlung der
35 Kompetenzen sichergestellt wird. Bei den Lehrer*innen gibt es seit der Verkündung
36 der DSGVO die stärkere Kontrolle, dass ihre privaten Computer nicht verwendet
37 werden dürfen um Daten, wie Noten, der Schüler*innen zu speichern. Damit sie
38 aber weiterhin ihre Tätigkeit ausüben können müssen, fordern wir, dass jede*r
39 Lehr*in einen eigenen Computer vom Land erhält.

Den Sport im Veedel stärken!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Mülheim
Thema: Soziales

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

- 1 Jedes Kind soll die Chance bekommen, am Vereinssport in Köln teilzuhaben.
- 2 Nach dem Vorbild anderer Städte in NRW fordern wir daher ein Sportprogramm für
- 3 die Stadt Köln, welches Kindern eine einjährige Probemitgliedschaft in einem
- 4 gemeinnützig geführten Kölner Sportverein ihrer Wahl finanziert.

- 5 Zudem soll die Pflege öffentlicher Sportplätze zu verstärkt werden. Hierfür soll
- 6 das Konzept der Spielplatzpaten künftig auf diese ausgeweitet werden. Kölner
- 7 Bürgerinnen und Bürger sollen so die Möglichkeit erhalten, die ehrenamtliche
- 8 Pflege öffentlicher Sportplätze zu unterstützen.

Trinkwasser verfügbar machen!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Mülheim

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD,
Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Das Vorhaben des EU-Parlaments wird unterstützt, Trinkwasser noch sauberer und
2 verfügbarer für alle Bürgerinnen und Bürger der EU einzuführen. Die SPD setzt
3 sich auf allen Ebenen ein, für die Umsetzung von einem kostenlosen Zugang zu
4 Trinkwasser in Gastronomien. Sie sollen somit verpflichtet werden, zahlenden
5 Kunden Trinkwasser umsonst zur Verfügung zu stellen.

Wohnraum schaffen – Lindenthal erweitern

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen. Im Speziellen
2 schließen wir uns hier den Forderungen der Jusos Köln-Lindenthal an:

- 3 • Bildung eines Azubi- & Studierendendorf in "Marsdorf Süd" (derzeit Beller
4 Hof).
- 5 • Anschluss dieses Studierendendorfs an die hierfür zu verlängernde Buslinie
6 146, übers Eck bis zur Haltestelle Marsdorf.
- 7 • Auf Sicht den Ausbau der KVB-Linie 9, um eine direkte Anbindung an die
8 Universität herzustellen.

Begründung

Kartenausschnitt Marsdorf-Süd:

<https://www.dropbox.com/s/v8lkq7qn4jmkii/Marsdorf-Sued.png>

Die Lage am Mietmarkt in Köln ist für junge Menschen bekanntermaßen schwierig. Dabei heißt es regelmäßig, weitere Baumaßnahmen in Köln selbst würden an fehlenden Bauflächen scheitern. Wir wollen einen Vorstoß setzen, wie Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden kann. Dieses Areal liegt bereits innerhalb der Stadt Köln und bietet sich daher für eine zügige Bebauung an.

Der ursprüngliche Antrag wurde in zwei Teile geteilt. Die zweite Hälfte heißt "Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden".

Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen. Im Speziellen
2 schließen wir uns hier den Forderungen der Jusos Köln-Lindenthal an:

- 3 • Die Flurflächen südlich des Azubi- & Studierendendorfs Marsdorf-Süd,
4 südlich der Gleueler Straße (derzeit zu Hürth) sollen zur Stadt Köln
5 eingemeindet und an dieses Dorf angegliedert werden.

- 6 • Der Ortsteil Efferen (derzeit Hürth) inklusive des darin bestehenden
7 Studierendendorfs soll zu Köln eingemeindet werden.

Begründung

Kartenausschnitt Efferen-Nord:

<https://www.dropbox.com/s/4a5y3humg0c36ap/Efferen-Nord.png>

Kartenausschnitt Efferen-Mitte:

<https://www.dropbox.com/s/17rervrw70v47jl/Efferen.png>

Eine dauerhafte Lösung für mehr und bezahlbaren Wohnraum lässt sich nur schaffen, wenn die knappe Fläche Köln außerhalb des Grüngürtels wächst. Hierzu sehen wir Potenzial für ein Studierendendorf im derzeit nicht erschlossenen Marsdorf-Süd. Durch dieses Studierendendorf würde allerdings die Stadtgrenze Kölns laufen. Für eine einheitliche Bauplanung ist daher eine Eingemeindung dieser Flurstücke unerlässlich.

Daneben gewährt der Stadtteil Efferen durch seine Nähe zu Köln bereits jetzt einen idealen Standort, um studentisches Wohnen zu ermöglichen. Die Interessen der Studierenden und des Studierendenwerks, eine verbesserte Anbindung dieses Studierendendorfes zu schaffen und es auf Sicht zu erweitern, kommen derzeit jedoch zwischen den politischen Plänen der Städte Köln und Hürth zu kurz. Eine Planung kann daher nur aus einer Hand gelingen. Wegen seiner Nähe zu Köln eignet sich Efferen hervorragend für eine Eingemeindung. Teile Efferens wurden in der Geschichte bereits eingemeindet. Eine Eingemeindung ganz Efferens zu Köln war bereits in den frühen 1930er-Jahren und im Rahmen der Gebietsreform in den 1970er-Jahren angedacht. In den mittlerweile knapp 50 Jahren haben sich die Lebensverhältnisse und die Anbindung Efferens an Köln noch einmal verstärkt. Daher halten wir es mit Blick auf die Kölner Wohnraumknappheit für an der Zeit, die Diskussion über eine Eingemeindung Efferens wieder aufzunehmen.

Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten

Antragsteller*in: Stadtbezirk Mülheim
Thema: Soziales

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD,
Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum (z.B. Bahnhöfe
2) muss kostenfreie Toiletten bereitstellen. Das bedeutet, dass Toilettenanbieter
3 auch keine Wertbons in Höhe des eingezahlten Betrages ausgeben dürfen, sondern,
4 dass die Toilette tatsächlich kostenlos sein muss, eventuelle Spenden müssen
5 freiwillig gegeben werden und dürfen kein Kriterium für die Benutzung sein.

Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung von Kölner Bürgerinnen und Bürgern führen!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Mülheim
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Das Diesel-Urteil des Kölner-Verwaltungsgericht vom November 2018 war einerseits
2 zu erwarten, aber andererseits gleichzeitig auch ein Schock für die Kölner
3 Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren schon wurden in Köln die Stickoxid-
4 Grenzwerte nicht eingehalten - das Urteil ist gleichzeitig ein Ergebnis einer
5 Politik, die zu lange nicht gehandelt sondern weggeschaut hat.

6 Diese Fehler dürfen jetzt nicht auf den Rücken der Kölnerinnen und Kölner
7 ausgetragen werden! Wir Jusos Köln stehen solidarisch an der Seite der
8 betroffenen Kölnerinnen und Kölner, die in den letzten Jahren in gutem Glauben
9 ein Diesel- oder Benziner-Fahrzeug gekauft haben und jetzt in ihrer Mobilität
10 eingeschränkt werden.

11 Wir fordern nicht weniger als eine Mobilitätsgarantie für alle betroffenen
12 Bürgerinnen und Bürger, die durch angemessene Angebote von Seiten der Politik
13 und der Wirtschaft geschaffen werden soll! Als Betroffene gelten alle
14 Autobesitzer*innen, die bis zur Urteilsverkündung des Dieselfahrverbotes in Köln
15 ein Dieselfahrzeug besessen haben und für sie sollen die folgenden Regelungen
16 gelten.

17
18 Konkret bedeutet dies:

- 19 • Betroffene Menschen müssen wesentlich günstigeren Zugang zu den
20 öffentlichen Verkehrsmitteln in Köln bekommen. Diesen sollen sie, und ihre
21 engsten Familienangehörigen, durch ein Ticket erhalten, mit dem sie für
22 einen Euro am Tag befristet auf ein Jahr jederzeit den ÖPNV nutzen können.

23

- 24 • Betroffene Autos müssen so schnell wie nur möglich nachgerüstet werden.

25 Bei Autos, die aufgrund von Schummelsoftwares der Hersteller ursprünglich
26 zugelassen und nun gesperrt worden sind, sollen die Hersteller die Kosten der
27 Hardware-Nachrüstung vollständig übernehmen müssen. Diese Kosten dürfen aber von
28 den Fahrzeug-Herstellern nicht als Gründe für Stellenabbau in der Belegschaft
29 angeführt werden - die Beschäftigten müssen davor geschützt werden!

30 In Fällen, in denen die Hersteller die nun betroffenen Fahrzeuge korrekt
31 hergestellt haben, müssen die Hersteller und die Bundesregierung zusammen
32 mindestens 85 Prozent der Hardware-Kosten jeweils zur Hälfte übernehmen.

33 Des Weiteren fordern die Jusos Köln einen Fonds der Bundesregierung, der den
34 städtischen Verkehrsbetrieben die Mittel zur Nachrüstung der eigenen
35 Verkehrsmittel zur Verfügung stellt.

Radfahren der Zukunft – Leihradsystem ausbauen

Antragsteller*in: Stadtbezirk Chorweiler
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Verwendung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel ist häufig nur in
2 Kombinationen verschiedener Fortbewegungsmittel möglich. Die Kombination von
3 ÖPNV und Fahrrad ist dabei erstrebenswert und muss von der Stadt stark gefördert
4 werden. Deshalb ist der Ausbau des Leihradsystems unumgänglich für die
5 zukünftige Mobilität in Köln. Leihräder, die über Abonnements für den ÖPNV
6 genutzt werden können, sind dabei optimal für die Nutzung klimafreundlicher
7 Fortbewegungsmittel. Das Leihradsystem der KVB stößt dabei derzeit an seine
8 Grenzen. Viele Menschen benutzen täglich die Fahrräder, weshalb die Kapazitäten
9 dringend ausgebaut werden müssen. Regelmäßig finden Menschen, gerade zu den
10 Hauptverkehrszeiten, keine Leihräder der KVB, da es nicht genügend Fahrräder
11 gibt.

12 Wir begrüßen ausdrücklich die kleine Erhöhung der Fahrradanzahl und die
13 Ausweitung des Leihradsystems mit Stationen auf das gesamte Stadtgebiet ab 2020.
14 Diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um das gesamte Kölner Stadtgebiet
15 mit einem guten Leihradsystem zu versorgen.

16 Deshalb fordern wir:

- 17 • Die Erhöhung der Fahrradanzahl auf 5000 Fahrräder im Stadtgebiet, um
18 gerade auch die vielen neuen Stationen in den äußeren Stadtbezirken zu
19 versorgen
- 20 • Kund*innen mit KVB-Abonnements sollen in Zukunft eine Stunde kostenfrei
21 mit den Leihrädern fahren können. Dies soll auch für Schüler*innen gelten,
22 die ein entsprechendes KVB-Schüler*innenticket besitzen.

- 23
- 24
- Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark frequentierten Plätzen in Köln.

Begründung

Leihräder haben sich längst im Stadtbild etabliert und sind ein wichtiger Faktor für die Mobilität vieler Menschen in Köln. Regelmäßig berichten die Kölner Zeitungen über das Interesse neuer Unternehmen, die in Köln einen attraktiven Markt erkennen und investieren möchten. Zum einen wollen sich immer mehr Menschen mit klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln bewegen und zeitgleich ist Köln eine rasant wachsende Stadt. Daher kämpfen zahlreiche Unternehmen um die Aufmerksamkeit der Bürger*innen, weshalb man Leihräder in den meisten Straßen in der Innenstadt erkennen kann.

In den meisten Straßen der Innenstadt ist dies der Fall und zeitgleich sucht man vergeblich in ganzen Stadtbezirken nach einem Leihrad. Die gewinnorientierten Unternehmen erkennen in den äußeren Stadtbezirken keinen Markt, jedoch gibt es viele Menschen, die schon lange dieses Bedürfnis haben. Die gewinnorientierten Unternehmen möchten dennoch nicht expandieren, weil sie dort eine geringere Gewinnmarge erreichen. Somit ist die KVB als Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gefordert, alle Menschen in Köln am Leihradsystem der KVB zu beteiligen. Lange Zeit wurden die Randgebiete Kölns vom Leihradmarkt ausgeschlossen und frühestens 2020 ist die sukzessive Erweiterung des Leihradsystems der KVB auf die äußersten Ecken von Köln abgeschlossen. Wir begrüßen diesen Beschluss, auch wenn die Erweiterung schon längst abgeschlossen sein müsste. Dieser Beschluss wird aber nicht alle Probleme des Kölner Leihradmarktes lösen, weil die Nachfrage nach Leihrädern immer weiter steigt. Somit gibt es drei wichtige Punkte, die wir mit diesem Antrag erreichen wollen:

1. Die Fahrradanzahl wird zusammen mit der sukzessiven Erweiterung des Ausleihgebiets der KVB-Leihräder erhöht. Zukünftig sollen 3000 Leihräder den Menschen zur Verfügung stehen. Wir glauben, dass die Zahl allerdings nicht ausreichen wird. Viele Menschen wählen im Kerngebiet des Leihradsystems lieber andere Anbieter, da die Räder der KVB sehr häufig vergriffen sind. Gerade die Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet, wird die Nachfrage und die Wahrnehmung der Leihräder verändern, worauf die KVB antworten finden muss. Somit fordern wir eine Erhöhung der Anzahl auf 5000 Fahrrädern in Köln.
2. Ein weiterer Faktor, durch welches das Leihradsystem der KVB sich von den anderen Unternehmen hervorhebt, ist die kostenlose erste halbe Stunde für Abonnent*innen der KVB. Somit können kurze und mittellange Strecken kostenlos mit dem Leihrad bewältigt werden, wodurch eine optimale Abstimmung für Nutzer*innen der öffentlichen Verkehrsmittel entsteht. Doch gerade die Ausweitung des Leihradsystems auf das ganze Stadtgebiet, wird viele Menschen betreffen, die eher längere Strecken zu bewältigen haben. Jemand der in einem äußeren Stadtbezirk wohnt und in die Innenstadt fahren möchte, soll dadurch nicht benachteiligt werden. Viele Menschen fahren längere Strecken, die aber auch durch die KVB zu klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln bewegt werden sollen. Wir wollen keine Differenzierung zwischen den zentralen und äußeren Veedeln und fordern daher die kostenlose Ausweitung auf eine Stunde.

3. Leihräder im Stadtbild können Fluch und Segen zugleich sein. Durch die verschiedenen Unternehmen tummeln sich gerade an zentralen Plätzen zahlreiche Leihräder, die viele Menschen stören. Das Problem ist allerdings nicht die Anzahl der Leihräder, sondern die fehlenden Regelungen der Stadt. Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark frequentierten Plätzen in Köln können zu einer Entspannung dieser Lage führen. Außerdem führen diese Regelung zur Verbesserung der Mobilität mit den Leihrädern, da einige zentrale Knotenpunkte in Köln aufgrund von Sperrzonen noch nicht mit Leihrädern zugänglich sind, welche durch die Zonen erschlossen werden sollen.

Diese Forderungen sollen den Weg zu einem etablierten und zukunftsfähigen Leihradsystem in Köln ebnen und somit auch zu einer Verbesserung der klimafreundlichen Mobilität führen.

Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche

Antragsteller*in: Schüler*innen und Auszubildenden Gruppe

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Viele Jugendliche möchten sich ihr Taschengeld in ihrer Freizeit aufbessern.
2 Diese Jobsuche ist allerdings eine riesige Herausforderung. Abgesehen von den
3 üblichen Nebenjobs, wie das Zustellen von Zeitungen oder die Nachhilfe für
4 andere Schüler*innen, sind vielen Jugendlichen andere Nebenjobs gar nicht
5 bekannt. Die Suche im Netz ist äußerst kompliziert und bietet keine
6 zufriedenstellenden Antworten. Es gibt viele Plattformen und Webseiten zur
7 Vermittlung von Nebenjobs an Jugendliche für das gesamte Bundesgebiet. Vieler
8 der dort aufgelisteten Angebote sind aber nicht auf die einzelnen Städte und
9 Gemeinden zugeschnitten.

10 Die Jobsuche soll für die Jugendlichen und die Suche nach Mitarbeitenden für
11 Arbeitgeber*innen erleichtert werden. Deshalb soll die Stadt Köln eine leicht
12 zugängliche Plattform zur Vermittlung von kleinen Nebenjobs für Jugendliche
13 einführen. Diese Plattform soll für einmalige, kleine Jobs und regelmäßige,
14 monatliche Jobs geschaffen werden. Zusätzlich soll die Plattform eine Übersicht
15 über die arbeitsrechtliche Situation von Jugendlichen zur Verfügung stellen,
16 damit Jugendliche über ihre Rechte und ihren Schutz aufgeklärt werden.

Begründung

Wenn Jugendliche im Teenageralter angekommen sind, wächst die Selbstständigkeit kontinuierlich an. Sie werden immer unabhängiger von ihren Eltern, bewegen sich selbstständig und organisieren mehrere Sachen in ihrem Alltag. Mit dieser Unabhängigkeit sind auch Ausflüge z.B. in Freizeitparks oder eine Soccerhalle keine Seltenheit mehr. Zusätzlich wird immer häufiger selbstständig über Ausgaben bei Ausflügen oder jeglichen sonstigen Terminen außerhalb des Hauses entschieden (Essen, Zeitschriften, Kleidung etc.). Häufig reicht dafür jedoch das Taschengeld nicht oder es soll für größere Anschaffungen gespart werden. Deshalb möchten viele Jugendliche einen kleinen Nebenjob finden, um ihr Taschengeld etwas aufzubessern. Diese Suche ist

allerdings häufig sehr aufwendig und kann auch gefährlich sein, da Jugendliche nicht immer genau die Ausbeutungsgefahr einiger Jobangebote erkennen können.

Daher soll eine von der Stadt Köln organisierte Plattform zur Jobvermittlung für Jugendliche geschaffen werden. Diese Plattform soll sich hauptsächlich an Jugendliche zwischen 13-20 Jahren richten. Als Vorbild einer solchen Plattform kann das Jobportal der Universität zu Köln (Stellenwerk) verstanden werden. Diese Plattform ist eine große Hilfe für die Studierenden und die Arbeitgeber*innen in Köln und der Region.

Folgende Gründe sprechen maßgeblich für eine Einführung einer solchen Plattform:

- Die Sicherheit für Jugendliche und Eltern wird gewährleistet, da die Stadt Köln eine seriöse und professionelle Plattform erstellen wird
- In Zusammenarbeit mit den Kölner Schulen kann die Stadtverwaltung Vorträge über die Möglichkeiten von Nebenjobs für Jugendliche in Köln halten und die Jugendlichen aufklären
- Jugendliche können ohne lange Suche einen Nebenjob finden
- Die Nebenjobs sind auf die Stadt Köln und die Region begrenzt, wodurch ebenfalls die Suche deutlich erleichtert wird
- Zusätzlich soll die Plattform in leichtverständlicher Sprache erklären, wie die arbeitsrechtliche Situation für Jugendliche bei einmaligen und regelmäßigen Nebenjobs aussieht

Mobilität für alle in Köln ermöglichen – Preis des MobilPassTickets senken

Antragsteller*in: Stadtbezirk Chorweiler
Thema: Verkehr

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Das MobilPassTicket der KVB ist eines der wichtigsten Abo-Angebote innerhalb der
2 Stadt Köln. Ohne dieses Ticket hätten viele Bürger*innen in Köln keine
3 Möglichkeit sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Durch die alljährliche
4 Preiserhöhung der KVB ist das Ticket allerdings für 2019 auf einen Preis
5 gestiegen, der die tolerierbare Grenze nun deutlich überstiegen hat. Das Ticket
6 soll ab diesem Jahr 35,10€ kosten. Dies übersteigt den Regelbedarf für Mobilität
7 im HartzIV-Regelsatz, der durch das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz festgelegt
8 ist. Die KölnSPD setzt sich daher für eine Preissenkung auf 20 € ein, um mehr
9 Menschen zu bewegen und Teilhabe für alle an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Begründung

Mobilität ist Voraussetzungen für Integration und Teilhabe von Menschen an der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist immer treibende Kraft bei der Inklusion von Menschen in die Gesellschaft gewesen. Bei den aktuellen Bahnpreisen ist die Mobilität für viele Menschen unmöglich geworden. Die jährliche Ticketerhöhung der KVB, die so selbstverständlich ist, wie das Amen in der Kirche, hat ein Ausmaß erreicht, wo für uns eine klare Grenze überschritten wurde. Viele Einzelfahrescheine wurden erhöht, aber besonders die Erhöhung des MobilPassTickets ist definitiv nicht zu akzeptieren. Der Preis hat nämlich jetzt den Regelbedarf für Mobilität im HartzIV-Regelsatz klar überschritten. Das Ticket muss aber gerade für HartzIV-Empfänger*innen bezahlbar sein. Wir wollen eine klare Preissenkung, damit im Regelbedarf für Mobilität auch noch Platz für Fahrten in andere Kommunen bleibt. Wir können nicht zulassen, dass der Regelbedarf für Mobilität bereits durch das Monatsticket für den stadtinternen Verkehr verbraucht wird. Daher muss das Ticket auf 25 Euro gesenkt werden.

Die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin hat 2017 einen ähnlichen Beschluss gefasst und das damals 36 Euro teure Sozialticket auf halbwegs erschwingliche 27,50 Euro gesenkt. Derzeit ist das Kölner Sozialticket

somit 7,60 Euro teurer, als das Sozialticket in Berlin. Berlin wollte den ÖPNV für alle Menschen zugänglich machen, was genauso der Anspruch der Sozialdemokratie in Köln sein sollte. Daher müssen wir dringend den Preis des MobilPassTickets auf 25 Euro senken und somit keine Menschen aus sozialen Gründen von der Mobilität in Köln ausschließen.

Lebensmittelverschwendung bekämpfen – MHD regulieren

Antragsteller*in: Stadtbezirk Chorweiler

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Bis Anfang der 80er-Jahre gab es viel Unmut bei den Verbraucher*innen, weil man
2 neue nicht von alten Lebensmitteln im Regal unterscheiden konnte. Durch die 1981
3 erlassene Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung wurde das
4 Mindesthaltbarkeitsdatum eingeführt, welches dieses große Problem endlich lösen
5 konnte.

6 Fast 40 Jahre nach der Einführung der Mindesthaltbarkeitsdaten ist eine Reform
7 dringend notwendig. Die erste Assoziation von vielen Menschen mit einem
8 Mindesthaltbarkeitsdatum ist nämlich der Mülleimer. Die Aufklärung der
9 Verbraucher*innen wurde jahrelang verschlafen, weshalb heute viele noch
10 gutverträgliche Lebensmittel viel zu früh im Mülleimer landen. Die
11 Mindesthaltbarkeitsdaten werden nämlich von den Lebensmittelhersteller*innen
12 festgelegt, die in eigener Verantwortung die einzelnen Fristen festlegen müssen.
13 Aus Angst vor Klagen und Unverträglichkeiten, setzen die meisten
14 Hersteller*innen einen großen Sicherheitspuffer, damit sie nicht in
15 Erklärungsnot gelangen. Dadurch werden allerdings massenweise gute Lebensmittel
16 weggeworfen.

17 Deshalb sollte dringend eine Reform des MHD-Systems durchgeführt werden, die
18 folgende Punkte berücksichtigen muss:

- 19 • Abschaffung von MHD bei länger haltbaren Lebensmitteln wie Nudeln, Salz
20 oder Reis (ab 90 Tage)

- 21 • Einheitliche Richtlinien vom Ernährungsministerium, wodurch das MHD-System
22 verbessert und der Spielraum für die Industrie verkleinert werden soll

- 23 • Eine Aufklärungskampagne des Ministeriums, um die Wertschätzung über die
24 Herstellung von Lebensmitteln zu verbessern
- 25 • Verbraucher*innenbildung über die Lagerung und die Haltbarkeit von
26 Lebensmitteln, die direkt und verpflichtend auf der Verpackung ist

Begründung

Die Angaben auf den Lebensmittelverpackungen bewegen einen häufig dazu, Lebensmittel im noch genießbaren Stadium wegzwerfen. Lebensmittel sind allerdings regelmäßig erheblich länger genießbar, als eigentlich auf den Lebensmittelverpackungen angegeben wird. Fehlende Aufklärung und Sensibilisierung für die Materie führt zu den großen Mengen an Lebensmitteln, die jährlich in Deutschland weggeworfen werden.

Daher setzt der Antrag genau an diesen beiden Punkten an. Zum einen soll das System der Mindesthaltbarkeitsdaten reformiert werden, damit weniger genießbare Lebensmittel weggeworfen werden. Außerdem ist die Verbraucher*innenbildung und Aufklärung über die Wertschätzung von Lebensmitteln wichtig, damit zukünftig ein anderes Bewusstsein über Lebensmittel in der Gesellschaft entsteht und auch dadurch weniger Lebensmittel weggeworfen werden.

6 - A3 Digitales NRW: Loading...

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Thema: Digitales

Beschlussgremium: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Durch Corona sind im vergangenen Jahr viele Missstände in der digitalen
2 Ausstattung des Bildungssektors aufgedeckt worden. Was für uns schon lange klar
3 war, scheint nun auch endlich bei vielen anderen Menschen angekommen zu sein:
4 Digitalisierung ist ein Muss!

5 Besonders schulische Bildung trägt hierbei eine Hauptlast. Folgende Punkte sind
6 für uns unabdingbar für eine funktionierende digitale Bildung:

- 7 • Bestehende Serverkapazitäten müssen enorm ausgebaut werden, in einem
8 Bundesland mit ca. 2,5 Millionen Schüler*innen müssen die
9 Serverkapazitäten entsprechend sein.

- 10 • Eine stabile Internetverbindung durch massiven Breitbandausbau muss
11 jedem*jeder Schüler*in zur Verfügung stehen, ungeachtet der finanziellen
12 Situation der Eltern.

- 13 • Schüler*innen sollen bei Bedarf ein ihrer Bildungsstufe entsprechendes
14 Endgerät (Laptops und Tablets) beantragen können. Das Land muss diese zur
15 Verfügung stellen.

- 16 • Um die sinnvolle didaktische Einbindung dieser Endgeräte in den Unterricht
17 zu gewährleisten, soll der Medienkompetenzrahmen NRW stärker bei Schulen
18 und Lehrkräften beworben werden. Die praktische Erfahrung von Lehrer*innen
19 und Schüler*innen soll berücksichtigt und einbezogen werden, um den
20 Medienkompetenzrahmen stetig weiterzuentwickeln.

- 21 • In die Erarbeitung von Open-Source Programmen und Webtools für den
22 schulischen Unterricht muss seitens des Landes massiv investiert werden.

- 23 • An jeder Schule muss mindestens eine IT-Fachkraft eingestellt werden, um
24 sich um die Verwaltung des Schulsystems und aufkommende Fragen und
25 Probleme zu kümmern

- 26 • Um Lehrer*innen mehr Handlungssicherheit zu ermöglichen, müssen die Regeln
27 und Vorschriften zum Datenschutz vereinheitlicht werden. Ein einheitliches
28 Datenschutzkonzept im Bereich Schule muss erarbeitet werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.